



police

*repression
sucks...*

*...but we bite
back !!!*

*zusammenfassung der ereignisse und aktueller stand
der anti-repressionsgruppe 02.05.08-Bremen 2009*

Anzeigen gegen homophobe Polizeigewalt

Antirepressionsgruppe 2.5.08 (Stand Nov. 2009)



Zur Erinnerung

Vor über einem Jahr wurden bei einer kleinen, spontanen Protestaktion gegen das Christival etwa 15 queere Aktivist_innen durch ein absurd großes Aufgebot an Bremer Polizist_innen außerordentlich brutal und teils sexualisiert herumgeschubst, geschlagen, gekesselt und durch die halbe Innenstadt getrieben. Hierbei kam es zu zwei willkürlichen und gewaltsamen Ingewahrsamnahmen. Eine der Aktivist_innen wurde durch zwei Polizist_innen während der unbegründeten Festnahme gegen eine Wand gepresst und massiv mit Schlagstöcken malträtirt.

Drei Polizisten, die noch ihre Einsatzpanzerung trugen, führten auf der Wache eine Nacktdurchsuchung bei der anderen in Gewahrsam genommenen Person durch. Dabei machten sie aggressive Sprüche über den Körper der Person mit dem offensichtlichen Ziel der Demütigung.

Die zwei Betroffenen versuchen seitdem, juristisch gegen die Bremer Polizei vorzugehen. Sie stellten Anzeigen wegen Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung. Außerdem reichten sie Verwaltungsklagen gegen den Polizeieinsatz als Ganzes und die Ingewahrsamnahmen ein.

Ende Januar 2010 findet die Verhandlung der Verwaltungsklage statt

Nach gut eineinhalb Jahren kommt nun am 28.1.2010 die Verwaltungsklage gegen die Ingewahrsamnahmen und den unverhältnismäßigen Polizeieinsatz während des Christivals am 2.5.08 zur Verhandlung. Während des Polizeieinsatzes waren die Cops vollkommen überfordert und wussten nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollten. Es war unmöglich mit ihnen zu sprechen und die Protestaktion als Spontandemo anzumelden, obwohl dies mehrfach versucht wurde. Stattdessen eskalierten die Polizist_innen die Situation, wurden gewalttätig und schirmten ihr Vorgehen von den Blicken der Öffentlichkeit ab.

Klage gegen die Ingewahrsamnahmen – was bringt's?

Die Klage gegen die Ingewahrsamnahmen ist in sofern von politischer Tragweite, weil sie – im Gegensatz zu Strafanzeigen – nicht nur das Vorgehen einzelner Polizist_innen in Frage stellt, sondern bürgerliche Rechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht betrifft. In Bezug auf die Versammlungsfreiheit lässt sich eine zunehmende Einschränkung bürgerlicher Rechte beobachten. So wurde z.B. in Bremen die Antirepressions-Demo am 13.12.08 verboten und 170 Aktivist_innen bei der darauf folgenden Spontandemo in Gewahrsam genommen.

Obwohl wir das geltende Rechtssystem und den Staat ablehnen, sehen wir in der schrittweisen Einschränkung und Abschaffung von Bürgerrechten ein alarmierendes Zeichen. Uns ist klar, dass es eine privilegierte Position ist, sich überhaupt auf Bürgerrechte berufen zu können. Wir sind der Auffassung, dass jede Person, unabhängig davon woher sie kommt, welche Hautfarbe, welches Geschlecht, welchen sozialen Status sie hat, einen respektvollen Umgang verdient, sich frei bewegen können sollte, freien Zugang zu Ressourcen haben sollte und ihre/seine Meinung jederzeit äußern dürfen sollte. Dass diese sogenannten Rechte an Bedingungen geknüpft sind, ist Teil des nationalstaatlichen Systems, das wir ablehnen.

1 Wir verwenden grundsätzlich die Unterstrich_Schreibweise, weil diese für Möglichkeiten und Identitäten jenseits binärer Geschlechtlichkeit steht. Der Unterstrich symbolisiert all diejenigen, die von binärer Sprachpraxis ausgeschlossen werden. Für Staatsbüttel erscheint uns diese Schreibweise nicht wirklich zutreffend, da diese durch ihre selbst gewählte Funktion die Durchsetzung der Gesetze der BRD zur Aufgabe haben, die bis heute keine andere Identität als „weiblich“ oder „männlich“ anerkennen und darüber hinaus ein patriarchaler heterosexistischer Haufen sind, in dem sexuelle Identitäten außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit vor allem Abwertungen und Gewalt erfahren. Dennoch verwenden wir teilweise auch hier den _Unterstrich

2 Allerdings: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Strafanzeige gegen Bremer Polizisten wegen Nötigung

Die Ermittlung der Staatsanwaltschaft gegen die Polizeibeamten wegen Nötigung wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Ihrer Ansicht nach sind Nacktdurchsuchungen generell durch interne Dienstanweisungen legitimiert. Selbstverständlich kann sich keiner der Täter daran erinnern, dass seine Kollegen „unsachlich“ geworden wären, geschweige denn, dass es zu Beleidigungen kam. Außerdem waren bei der Nacktdurchsuchung keine weiteren Zeug_innen, die gegen die Täter aussagen würden, anwesend. (Was in Fällen sexualisierter Gewalt wohl auch eher die absolute Ausnahme sein dürfte.) Und selbstverständlich interessiert es die Staatsanwaltschaft nicht, wer der dritte Polizist im Raum war, dessen Identität von den anderen gedeckt wird. Die Staatsanwaltschaft stellte ihre „Ermittlungen“ gegen die Polizisten nach § 170 (2) StPO ein. Das heißt, die Staatsorgane sind der Ansicht, dass gegen die Polizisten einfach nichts vorliegt. Diese Ermittlungen dürfen daher nicht gespeichert werden. Damit hat sich die_der Betroffene nicht abgefunden, doch auch Generalstaatsanwaltschaft und Oberlandesgericht teilten die Rechtsauffassung der ersten Instanz. Die Institutionen des Staates kümmern sich wenig bis gar nicht darum, ihre eigenen Regeln zu befolgen, Polizist_innen decken sich gegenseitig und alles wird so hingebogen, dass es wieder passt und keine_r im Staatsdienst etwas zu befürchten hat.

Strafanzeige gegen Bremer Polizist_innen wegen Körperverletzung

Die Ermittlungen gegen die Polizist_innen wegen Körperverletzung wurden mittlerweile eingestellt. Wie gewohnt decken sich die Kolleg_innen gegenseitig und geben an, sie hätten keine Gewalt gegen die Aktivist_innen mitbekommen, es wäre lediglich mit dem Schlagstockeinsatz gedroht worden. Auch das Attest, welches die auf die Schlagstock-Schläge zurückzuführenden Hämatome bestätigt, reichte als Beweismittel nicht aus. Hiergegen legte die_der Betroffene Widerspruch ein. Aber auch die Polizei läßt sich nicht lumpen und ermittelt nun ihrerseits gegen die_den Betroffenen wegen dem Straftatbestand der falschen Verdächtigung.

Verfahren gegen die Aktivist_innen

Die Sachbearbeiter_innen bei Polizei und Staatsanwaltschaft haben nun aber nicht nur alles zusammengetragen, was einem Freispruch für prügelnde und sexuell Übergriffige Staatsdiener_innen zuträglich sein könnte, sondern auch bei der Strafverfolgung gegen vermeintliche autonome Randalierer_innen ihrer Kreativität freien Lauf gelassen.

Was kommt wohl sonst noch dabei herum, wenn mensch den Staat bittet, seine Schergen an die eigenen Gesetze zu erinnern? – Na klar, mensch wird selbst angezeigt.

Das tatsächliche Ziel einer Anzeige von Seiten der Polizei ist dabei nicht unbedingt die Verurteilung von (vermeintlichen) Straftaten, sondern die einschüchternde Wirkung einer Anzeige. Außerdem lassen sich so, ganz legal, gerichtsverwertbare Daten zu politischen Aktivist_innen speichern, mit denen sich dann vielleicht schon bei der nächsten Anzeige eine Verurteilung begründen lässt, da die_der Angeklagte ja schon öfters einschlägig auffällig geworden ist. So ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft in diesem Fall gegen die in Gewahrsam Genommenen wegen des Straftatbestandes der Gefangenenbefreiung, auf den drei Jahre (!) Knast stehen.

Willkürliche Anzeigepraxis

Dabei wird die eben skizzierte Willkür der Anzeigepraxis sogar in den Akten deutlich: Einem_r Beamten_in war aufgefallen, dass der_die angezeigte Aktivist_in bis zu ihrer_seiner Festnahme überhaupt nicht in den Protokollen auftaucht, heißt sie war zuvor keiner_m Polizist_in verdächtig aufgefallen. liegt auch kein Grund vor, die Person einer Straftat zu bezichtigen. Dabei ist es nicht nur juristisch „falsch“, die Person einfach irgendeiner Straftat zu bezichtigen, die verantwortlichen Polizist_innen machen sich hier sogar eindeutig strafbar.

Von einer_m Kolleg_in auf diesen Widerspruch hingewiesen, kam von der_dem verantwortlichen Polizist_in einzig und allein die Begründung, dass die Anzeige lediglich deshalb befohlen wurde, weil die angezeigte Person ja schließlich in Gewahrsam genommen wurde.

Da dies schriftlich in einer Akte vermerkt ist, die von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wurde, müsste die Staatsanwaltschaft eigentlich von sich aus wegen der offensichtlich falschen Verdächtigung" ermitteln, was trotz mehrmaliger Nachfrage und Hinweise der Anwält_in bis heute nicht passiert ist.

Nun sollte mensch denken, dass die Anzeige gegen die festgenommene Person schon wegen dieser absurden Begründung fallen gelassen werden sollte. Stattdessen wurden die Ermittlungen zwar eingestellt, zunächst jedoch lediglich wegen „Geringfügigkeit“, und in diesem Fall erdreistete sich der Staatsanwalt sogar einen Eintrag ins Erziehungsregister zu veranlassen.

Gegen eben jenen Staatsanwalt reichte eine_r der Betroffenen daher eine sogenannte „Dienstaufsichtsbeschwerde“, das einzige Rechtsmittel gegen solche Frechheiten, ein. In diesem Fall bewirkte sie, dass der Staatsanwalt sich auf einmal sehr einsichtig zeigte, und die Ermittlungen unerwartet nach §170 (2) StPO (es liegt objektiv nix vor) einstellte.

Bei der anderen Betroffenen Person wurden die Ermittlungen ebenfalls wegen Geringfügigkeit (nach § 153 StPO) eingestellt, was auch eine Datenspeicherung zur Folge hat.

No Illusions...

Deutlich wird das System: Aktivist_innen werden als solche erfasst und gespeichert damit das nächste Mal härtere Konsequenzen folgen können. Die Straftaten der Polizist_innen dagegen werden nirgends gespeichert und bleiben letztlich ohne Konsequenzen. Das führt vor Augen, wie der Hase läuft und wie ein System, dass auf Bestrafung basiert, funktioniert – nämlich selektiv. Nichts anderes hatten wir als Unterstützer_innengruppe erwartet, denn dass Cops Cops decken und sich in ihren Aussagen absprechen ist nun wirklich nichts Neues, und dass die Staatsanwaltschaft dies so hinnimmt auch nicht. Das zeigt erneut, dass juristisches Vorgehen gegen den Staat in den seltensten Fällen erfolgreich sein kann – überhaupt die Vorstellung von einem Rechtsstaat, dessen Gewalten sich gegenseitig kontrollieren würden, erscheint uns spätestens in der erlebten Praxis als völlig absurd. Trotzdem haben wir uns bis hier hin für den juristischen Weg entschieden, denn wir denken, dass es Sinn macht immer wieder zu verdeutlichen, dass der Staat seinen Schläger_innen gegenüber loyal ist und auf seine eigenen Regeln schießt. Ausserdem finden wir es gut zu nerven, wo wir können – auch wenn das nur auf einzelne Polizist_innen, Staatsanwält_innen und Richter_innen (nicht) trifft und auch am System nichts ändert.

Wir wägen bei jeder Entscheidung immer wieder ab, ob es uns richtig erscheint, viel Geld und Arbeit in eher aussichtslose Juristerei zu investieren. Vor allem deshalb, weil Kohle und Energie auch für andere politische Projekte verwendet werden könnten. Wir sehen diesen Weg durchaus kritisch und widersprüchlich.

Eins unserer Ziele ist es, hier exemplarisch Polizeigewalt und ihre Deckung durch den Staat deutlich zu machen. Wir haben im Gegensatz zu vielen anderen Menschen, die viel stärker von Repression und Polizeigewalt betroffen sind, überhaupt die Möglichkeit und das (Soli-)Geld dazu, uns auch juristisch zu wehren.

Weiter wollen wir der gängigen Praxis des Staates durch Repressionsmaßnahmen die Vereinzelung von Akzivist_innen zu schüren, etwas entgegen setzen. Wir wollen durch unsere Solidarität mit den Anzeigensteller_innen auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Bild des_ der starken Autonomen, die_der so was locker wegsteckt und für die_den Polizeigewalt scheinbar Alltag ist, anregen.

Der juristische Kampf gegen Polizeigewalt sollte immer nur einer neben vielen anderen sein! Fight back! Kiss again! Gegen staatliche Repression und homophobe und rassistische Polizeigewalt!



Warum wir den juristischen Weg wählen

Im Mai 2008 fand in Bremen das „Christival“, ein von Evangelikalen organisiertes Riesen-Event statt, das durch homophobe und sexistische Inhalte sogar in der bürgerlichen Presse in die Kritik geraten ist. Ein antisexistisches Bündnis organisierte Protestaktionen dagegen.

Wir sind eine Gruppe, die 2 Menschen, die während des Christivals von Polizeigewalt betroffen waren, unterstützt. Gemeinsam wurde beschlossen, Anzeige zu erstatten gegen die verantwortlichen Bremer Polizeibeamt_innen.

Auch wenn wir den juristischen Weg nicht unkritisch sehen, haben wir uns dafür entschieden. Im Folgenden wollen wir erklären, warum.

Wer in diesem Staat den Mund aufmacht, unbequem ist oder sogar politisch aktiv wird, wird erfasst und bekommt schnell die staatliche Repression zu spüren. Teilweise ist das vom Staat genau so gewollt, teilweise handeln die Polizist_innen aber auch eigenmächtig. Das Nichtbeachten der Gesetze ist dabei ebenfalls gängig. Verfolgung ihrer eigenen Straftaten müssen Polizist_innen nicht fürchten. Sie sind anonym und auf vielfältige Weise geschützt (vor Identifizierung). Durch Uniformen, durch Dienstnummern, die selbstverständlich nicht hergegeben werden, durch Kolleg_innen, die schweigen etc. Falls es doch einmal zur Anklage kommt, wird diese meist fallengelassen.

Repression kann sehr unterschiedlich aussehen und Menschen gehen unterschiedlich damit um. Die Gemeinsamkeit ist jedoch, worauf Repression abzielt: Spaltung, Vereinzelung, Angst und Ohnmacht. Und schließlich: Rückzug von politischem Engagement. In letzter Zeit ist eine ziemlich erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber Repression zu beobachten. Es gibt kaum Bereitschaft, sich mit dem Thema zu befassen, obwohl (fast) alle davon betroffen sind. Nach dem Motto: „Das gehört dazu“ gilt es teilweise sogar als cool, von Repression betroffen zu sein. Ein Nicht-eingestehen von Unwissenheit oder Unsicherheiten führt dazu, dass Repression nicht thematisiert wird. Dies halten wir nicht nur in Bezug auf weitere repressive Maßnahmen für gefährlich, sondern auch, weil so die Betroffenen häufig allein gelassen werden.

Die einschüchternde Wirkung von Repression kann nur dann aufgebrochen werden, wenn wir der Vereinzelung mit Solidarität begegnen und dem Gefühl der Ohnmacht neue Handlungsmöglichkeiten entgegensetzen.

Wichtig ist, neben der politischen Ebene die persönliche nicht außer Acht zu lassen. Belastende Erfahrungen bringen emotionalen Stress mit sich. Wo kein Raum ist, diesen aufzufangen und zu thematisieren, setzt sich das Gefühl der Vereinzelung und Hilflosigkeit im Kopf fort.

Wege, der Repression zu begegnen, gibt es sicherlich viele. Welcher der angemessene ist, hängt stark von der Person, dem Geschehen und der Situation ab. So ist für uns der juristische Weg auch nicht DER Weg schlechthin, sondern der richtige für uns in dieser Situation.

In Zeiten, in denen die Linke Bewegung in der Defensive ist und kaum gesellschaftliche Relevanz hat wie heute, halten wir es für unrealistisch, auf anderen Wegen Druck auf die Bullen auszuüben. Hinzu kommt, dass sich in unserem konkreten Fall die polizeilichen Übergriffe gegen eine sehr kleine Gruppe Menschen richteten und an einem abgeschirmten Ort stattfanden. Eine größere Empörung z.B. von bürgerlicher Seite ist also nicht zu erwarten. Von der Linken ist Empörung aufgrund der ständigen Repressionserfahrungen sowieso nicht zu erwarten.

Somit sehen wir den juristischen Weg am ehesten vielleicht als einen realistischen Weg – Sowohl um etwas Aufmerksamkeit auf das Thema zu richten, als auch, um Bullen und Staat zu nerven. Wir wollen an der Selbstsicherheit der Bullen rütteln, die sich alles mögliche erlauben können, da sie eh keine Konsequenzen zu fürchten haben.

Dabei sind wir uns der Probleme, die dieser Weg mit sich bringt, bewusst. Wir wissen, dass diese Anzeigen kaum Aussicht auf Erfolg haben. Es ist sicher kein Zufall, dass es fast keine Statistiken gibt, wenn es um das Thema Polizeigewalt geht. Die Statistiken aus Berlin jedoch sprechen eine deutliche Sprache. Von den Anzeigen (wie viele Fälle gar nicht erst zur Anzeige gebracht werden, lässt sich nur erahnen) führten gerade mal 1,3% zu Anklagen, nur 0,4% führten zu Verurteilungen. (Vgl. Martina Kant (2000): <http://www.cilip.de/ausgabe/67/kant.htm>)

Wir sind uns bewusst, dass Anzeigen gewissermaßen den Rechtsstaat legitimieren, aber wir sind nicht so naiv zu glauben, das Gericht würde Gerechtigkeit sprechen. Eine weitere Gefahr bei diesem Weg ist die Bekanntgabe von Namen und Zusammenhängen und die damit einhergehende Gefahr weiterer Repression. Dies ist wohl auch der schwerwiegendste Einwand gegen unser Vorgehen. Wir gehen allerdings nicht davon aus, dass unsere Namen dem Staat völlig neu sind. Außerdem ist die Lage ziemlich eindeutig, eine weitergehende Strafverfolgung aufgrund unserer Angaben ist nicht zu erwarten. Trotzdem ist die Gefahr von Überwachung und Repression immer gegeben, sobald mensch sich rührt. Dies ist aber keine Besonderheit des juristischen Weges. Jedes Aufbegehren gegen Repression wird meist mit Repression beantwortet.

Gerichtsverfahren dauern lange, sind teuer und für die Beteiligten emotional anstrengend. Die Kapazitäten, die dafür aufgebracht werden, könnten auch in andere politische Arbeit gesteckt werden. Warum also tun wir es trotzdem?

Die Antwort darauf ist ziemlich simpel. Wir wollen niemanden alleine lassen. Wir wollen den Bullen nicht alles durchgehen lassen. Und: wir haben die Möglichkeit dazu. Wir investieren die Zeit und treiben das Geld auf um diesen Weg zu gehen. Und wir kommen gut miteinander aus, hoffentlich auch die nächsten Jahre (Prozesse dauern lange), und haben den Anspruch an uns, immer wieder Unsicherheiten zu thematisieren und in einem gemeinsamen Diskussionsprozess zusammen zu wachsen.

Auch für uns ist dieser Weg nicht widerspruchsfrei und es ist auch nicht der einzige Weg für uns. Ein Ziel unserer Arbeit ist es, Polizeigewalt sowohl in der Szene als auch darüber hinaus zum Thema zu machen. Darum setzen wir unter anderem auch auf Veranstaltungen und Vernetzung mit anderen. Ein weiteres Ziel, dass wir uns gesetzt haben, ist es, diesen Prozess durchzuziehen und zu dokumentieren, damit andere auf die Erfahrungen zurückgreifen können und wissen, was auf sie zukommt, wenn sie vor einer ähnlichen Entscheidung stehen. Wir gehen diesen Weg in dem Wissen, dass viele andere dies nicht können. Weil ihnen die Rechte, das Geld, die Unterstützung fehlen.



Heute wurde homophobe Polizeigewalt angezeigt

Heute wurden Polizeibeamte wegen Körperverletzung und u.a. sexualisierter Nötigung angezeigt. Die Übergriffe der Polizei fanden am 2. Mai bei einer Protestaktion gegen Homophobie und alltäglichen Sexismus am Rande einer Christivalveranstaltung hier auf dem Bremer Marktplatz statt.

Das Vorgehen der Bremer Polizei gegen Protestierende beim Christival war überraschend heftig, offensichtliches Ziel war es, die kritischen Aktionen in der Öffentlichkeit unsichtbar zu machen. Besonders aggressiv war das Vorgehen am 2. Mai, nach dem gelungenen Kiss-In in der Martinigemeinde.

Als eine kleine Gruppe selbstbewusster, Händchen haltender homo und trans* Personen versuchte, am Rande der Christival-Veranstaltung auf dem Marktplatz ein Transparent gegen Homophobie und den alltäglichen Sexismus zu entrollen, reagierte die Polizei sofort mit drastischen Maßnahmen und ging vollkommen unverhältnismäßig vor – mit Schlagstöcken wurde (teils sexualisiert) gedrängt und geprügelt. Es wurden Hunde ohne Maulkorb eingesetzt und mit Pfefferspray gedroht. Das Agieren der Polizei eskalierte komplett als die Gruppe in eine vom Christival-Publikum aus nicht einsehbare Ecke gedrängt und dort eingekesselt wurde. Es kam zu willkürlichen und brutalen Ingewahrsamnahmen. Eine Person wurde mehrmals gegen die Wand geschleudert, in eine Ecke gepresst und dabei von zwei Beamten mit Schlagstöcken attackiert. Die betroffene Person stellte heute Strafanzeige wegen Körperverletzung.

Eine weitere Person wurde wenig später ebenfalls brutal festgenommen und auf der Wache gezwungen sich nackt auszuziehen. Dabei wurde sie von drei Polizisten in ‚Kampfuniform‘ mehrfach persönlich beleidigt. Die von diesem Übergriff betroffene Person stellte heute Strafanzeige u.a. wegen sexualisierter Nötigung.

Wir zeigen uns hier und heute solidarisch mit den Betroffenen und wollen deutlich machen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen, wir wehren uns, wir küssen weiter!

Massive staatliche Repression richtet sich hier und anderswo meist gegen Personen und Gruppen, die den gesellschaftlichen Normen nicht entsprechen, und/oder sie öffentlich kritisieren. Es wird versucht Kritik an bestehenden (Macht-)Verhältnissen zu unterdrücken, mundtot zu machen und entweder von der Öffentlichkeit fernzuhalten, oder den Widerstand zu kriminalisieren. In diesem Sinne ist auch das Vorgehen der Polizei am 2. Mai zu verstehen. Auch am darauf folgenden Tag auf der Bürgerweide versuchte die Polizei die Proteste gegen das Seminar „Sex ist Gottes Idee, Abtreibung auch?“ von der Öffentlichkeit abzuschirmen und nahm 34 Protestierende teilweise brutal fest.

Aufgrund der massiven psychischen und finanziellen Belastung, die ein juristisches Vorgehen gegen gewalttätige Übergriffe der Polizei bedeutet, werden diese häufig nicht zur Anzeige gebracht, auch weil die Chancen auf ein erfolgreiches Verfahren gegen die Staatsgewalt gering sind. Dennoch wollen wir dieses Vorgehen nicht hinnehmen und solidarisieren uns mit allen von Polizeigewalt Betroffenen. Deshalb unterstützen wir die Personen, die heute sowohl gegen die Ingewahrsamnahme klagen, als auch Anzeige erstatten u.a. wegen sexualisierter Nötigung und Körperverletzung.

Wir lassen uns nicht aus dem öffentlichen Raum vertreiben.

Wir küssen weiter, wo wir wollen!

Missionieren verboten !!!

Das Christival ist ein Riesenevent, zu dem jedesmal bis zu 30.000 hauptsächlich jugendliche Besucher_innen erwartet werden. Dort werden in modernem Gewand und mit viel Popkultur extrem konservative und rechte Weltbilder verbreitet, die gekennzeichnet sind von einer wortgetreuen Bibelinterpretation, Homophobie und Sexismus. In die öffentliche Kritik geriet das Christival besonders wegen zwei Seminaren von einer Ex-Gay-Organisation ("Homosexualität verstehen – Chancen zu Veränderung") und einem Verein radikaler Abtreibungsgegner_innen "Die Birke e.V.". Das letzte Christival fand von div. Protesten begleitet, im Frühjahr 2008 in Bremen, statt.



<http://antirep25.noiblogs.org>

mail to: soli-2.5.08@orgizm.net





<http://antirep25.nablogs.org>

<mailto:soli-2.5.08@orgizm.net>